

Ratgeber Finanz

Steuerstreit: Bankkundengeheimnis muss erhalten bleiben

Zuerst die USA, dann Frankreich und nun Deutschland: Der Druck auf unser Bankkundengeheimnis geht unvermindert weiter. Um was geht es genau und was wollen all diese Staaten wirklich? Das Schweizer Bankkundengeheimnis hat eine lange Tradition. Die Zeiten der anonymen oder halbanonymen Nummernkonti für dubiose Transaktionen sind längst vorbei, auch wenn dies teilweise heute noch in Agentenfilmen vorkommt. Die Schweiz hat eines der schärfsten Geldwäschereigesetze und setzt dieses auch konsequent um. Fehler wie in der Vergangenheit (Gelder von ehemaligen Diktatoren usw.) werden in der Gegenwart kaum mehr vorkommen. Aktuell ist nun das Thema Steuerhinterziehung und Steuerbetrug. Diese Unterscheidung ist eine langjährige Spezialität der Schweiz. Den Unterschied einfach erklärt: „Vergisst“ der Steuerzahler ein Konto oder eine Wertschrift beim Wertschriftenverzeichnis der Steuererklärung, dann stellt dies den Tatbestand der Steuerhinterziehung dar. Fälscht man Dokumente dann ist dies Steuerbetrug. Betrug kann mit Gefängnis und Busse bestraft werden, Steuerhinterziehung mit Nachsteuern und Busse. Diese Unterscheidung gibt es zum Beispiel in Deutschland nicht. Das Problem ist nun, dass die Schweizer Behörden bis jetzt für Steuerhinterziehung (also das „Nichtangeben“ von Vermögenswerten) keine Rechtshilfe an andere Staaten geleistet haben. Bei Verdacht auf Steuerbetrug wurde schon bis anhin Rechtshilfe geleistet. Ausländer konnten also „Schwarzgeld“ in der Schweiz parkieren, ohne grosse Risiken einzugehen, dass die Sache auffliegt. Dieses kleine Schlupfloch wird aber in den meisten neuen Doppelbesteuerungsabkommen aufgehoben. Die Schweiz wird bei begründetem Verdacht auf Steuerhinterziehung in Zukunft Rechtshilfe gewähren. Viele europäische Staaten wollen aber viel weitergehen. Sie wollen den „gläsernen“ Bürger also den automatischen Datenaustausch von allen (!) Bankdaten. Sicher wollen wir in Zukunft nicht mehr ein Hort von ausländischen Steuerhinterziehern sein. Den automatischen Datenaustausch lehne ich aber mit aller Vehemenz ab. Ein gesunder und weitgehender Schutz der Privatsphäre ist viel höher zu gewichten als die Raffgier und der Kontrollwahn einiger Staaten. Ist der Staat für die Bürger da oder doch schon umgekehrt? Wir (resp. unsere Politiker) dürfen sich in diesem Punkt nicht unterkriegen lassen und beim Persönlichkeitsschutz keine Kompromisse eingehen. Auch zu erwähnen ist noch, dass der Druck auf die Schweiz nicht nur aus Steuerüberlegungen forciert wurde. Es geht auch um den Kampf von Marktanteilen der Finanzplätze. New York, London und Frankfurt würden gerne ein grosses Stück im Private Banking-Kuchen von Zürich und Genf wieder abschneiden.

„Steuroase Schweiz“

Unbestritten gibt es in der Schweiz ein paar Orte (zB. in den Kantonen Schwyz und Zug), wo man im Verhältnis noch „vernünftig“ Steuern zahlt. Vom „Zehnten“ im Mittelalter sind wir aber auch hier weit entfernt. Steuerbelastungen von 30 und mehr Prozenten sind auch in der Schweiz keine Seltenheit. Die Schweiz ist also weder eine Oase noch ein Steuerparadies. Auch wenn der Druck grösser wird, dürfen wir

uns den ausländischen „Steuerhöllen“ nicht noch mehr annähern. Man soll nicht immer mit den schlechten Beispielen vergleichen und sagen, „bei uns sieht es ja noch vernünftig aus“, sondern wieder konsequent versuchen, die Staatsquote nicht weiter anwachsen zu lassen. Zu was Schuldenwirtschaft führen kann, erleben wir in dieser Zeit. Dies ist aber erst der Anfang. Die tiefen Zinsen in den letzten 15 Jahren haben vieles vertuscht. Steigen die Zinsen nur wieder 3 oder 4 Prozentpunkte an, können wahrscheinlich die Zinsen nur mit neuen Schulden bezahlt werden. Schnell wir auch dies zum Schneeballsystem und der finanzielle Handlungsspielraum wird immer kleiner. Uebermässige Schuldenwirtschaft ist des „Teufels“. Dies sollten sich nun endlich alle Politiker von links bis rechts hinter die Ohren schreiben! Was und wie viel man sich wirklich längerfristig leisten kann, sollte die richtige Frage der Zukunft sein. Ansonsten zahlen wir gemeinsam und bald einmal eine sehr schmerzhaft Zeche. Dass wir in gewissen Ländern nicht mehr sehr weit davon weg sind, zeigt das aktuelle Beispiel in Griechenland. Die grossen Quersubventionen in der EU können die Probleme abschwächen und verzögern, aber nicht lösen.

Haben Sie Fragen oder Probleme? Bitte nehmen Sie Kontakt unter 062 871 66 96 oder lukas.ruetschi@ruetschi-ag.ch auf. Schriftliche Fragen an Lukas Rüetschi c/o Rüetschi Zehnder AG, eidg. dipl. Vermögensverwalter, Hauptstrasse 43, 5070 Frick. Fragen werden selbstverständlich diskret behandelt.